Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,25 M., ins Haus geliefert 3,60 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 3,69 M., mit Abtrag 45 Pfg. mehr, zusammen 4,14 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 15 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungsverzug bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 35 Pfg., für Auswärtige 50 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 60 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Zeilengebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 124. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Donnerstag, den 23. Oktober. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1919.**

Gegen die Landplage des Schiebertums und Wuchers.

Auf den Gebieten des Schiebertums und Wuchers sind in der letzten Zeit so entsetzliche neue Erfahrungen in die Erscheinung getreten, daß es zur dringenden Notwendigkeit geworden ist, mit den schärfsten neuen Maßregeln gegen diese großen Verbrechen und Landplagen vorzugehen. Hat man doch soeben aus dem Munde eines Regierungsvertreters in der Nationalversammlung erfahren, daß von Seiten der Regierung schon lange energisch der Kampf gegen das Schiebertum aufgenommen worden ist und daß gegen 1000 Strafanzeigen schon erstattet worden sind. Diese Feststellungen können aber durchaus keine Beruhigung gewähren, wenn inzwischen festgestellt worden ist, daß die Eisenbahnen und die Eisenbahnbeamten die Helfer und Mitwirker für den Schleichhandel und das Schiebertum in einem ganz gemeingefährlichen Umfange geworden sind. So hat der demokratische Abgeordnete Jansen—Solingen öffentlich über den Umfang der Schiebertätigkeit der Eisenbahnbeamten im Eisenbahndirektionsbezirke Elberfeld auf Grund der Einsichtnahme in die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses erklärt, daß im Eisenbahndirektionsbezirke Elberfeld ein vollständiges System im Verschieben, also in der Unterschlagung, und im Schleichhandel von ganzen Wagenladungen unter falscher Deklaration stattgefunden hat, wobei es sich um Beträge von Milliarden handelt. Allein in den ersten 6 Monaten nach der Besetzungszeit sind täglich von 25 von Düsseldorf abgegangenen Wagenladungen nur 5 Wagenladungen in den Büchern geführt worden und täglich 20 Wagenladungen blind mitgeführt worden und man weiß nicht wohin diese vielen Wagenladungen hingekommen sind. Der Untersuchungsausschuß behauptet nun, daß ganz ähnliche Verhältnisse fast in allen Grenzbahnhöfen im Westen festzustellen sein würden. Diese schreckliche Aufklärung bedeutet, daß die Eisenbahnbeamten in vielen Bezirken des Westens Hand in Hand mit den Schiebern, Schleichhändlern und Wucherern schon seit Monaten gearbeitet haben und daß dadurch an dem wirtschaftlichen Wohle des deutschen Volkes ein Verbrechen verübt worden ist, wie man es sich größer und schlimmer nicht vorstellen kann. Man muß dabei vor allen Dingen bedenken, daß nicht einzelne Leute auf das schwerste betrogen und geschädigt worden sind, sondern daß Hunderte von Verbrechern sich am ganzen deutschen Volke in der Zeit der größten Not auf das Schwerste vergangen haben, und daß diese Schufte eigentlich standrechtlich wegen Landesverrates abgeurteilt und hingerichtet werden müßten. Wie schlimm diese Zustände geworden sind, das geht auch daraus hervor, daß sich die Deutsche Demokratische Partei in Koblenz in Verbindung mit den übrigen Parteien an den Eisenbahnminister und den Reichspostminister mit einer Eingabe gewandt hat, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Eisenbahnen und die Post als die größten Verkehrseinrichtungen dem Schiebertume und dem Schleichhandel unentbehrlich sind, und daß nur auf den Bahnen und durch die Bahnen die größten Schiebungen erfolgen können, und auch dort nur wirksam erfaßt werden können. Der Eisenbahnminister und der Reichspostminister sollen daher mit schärfsten Ueberwachungsmaßregeln diese Krebsschäden bekämpfen. Zugleich erfährt man aber auch aus München, daß sich der bayrische Justizminister Dr. Müller am 16. Oktober nach Berlin begeben hat, um dem Reichsjustizminister und den übrigen Ministern schärfste Maßregeln zur Bekämpfung des Schiebertums und des Wuchers von Reichs wegen zu verlangen.

Der Tarif des Reichsnotopfers.

In der größten finanziellen und wirtschaftlichen Frage für das deutsche Volk, in der Frage des Reichsnotopfers, ist in gesetzgeberischer Hinsicht in den letzten Tagen ein großer Fortschritt gemacht worden. Die Kommission der Nationalversammlung, welcher die Gesetzesvorlage über das Reichsnotopfer zur engeren Beratung übergeben worden war, hat jetzt die Beratung dieser wichtigen Vorlage erledigt. Bedenkt man, daß sehr stark von einander abweichende Meinungen der Parteien in der Frage des Reichsnotopfers in dieser Sonderberatung zu überwinden waren, zieht man ferner die große Zahl der Sitzungen in Betracht, welche die Kommission der Nationalversammlung in kurzer Zeit halten mußte und denkt man an alle Schwierigkeiten in der Frage des großen Reichsnotopfers, so muß man anerkennen, daß die Kommission der Nationalversammlung in wenigen Wochen große Arbeit geleistet hat. Zum Verständnisse der nun nach Lage der Dinge gut vorbereiteten Gesetzesvorlage wollen wir nun in kurzen Linien feststellen, was die Ergebnisse dieser Sonderberatung sind. Da muß zunächst festgestellt werden, daß die von der Sozialdemokratie gehegte Hoffnung, daß die Vorlage über das Reichsnotopfer die allgemeine Einleitung zur Sozialisierung des ganzen Wirtschaftslebens bedeuten würde, sich nicht erfüllt hat. Wohl kann aber gesagt werden, daß die durch das Reichsnotopfer nach dem Tarife der Regierung geforderten sehr hohen finanziellen Leistungen die wirtschaftliche Lage vieler Betriebe dahin treiben können, daß sie selbst die Sozialisierung wünschen. Ferner muß man sich in allen wirtschaftlichen Kreisen zur Beruhigung darüber klar werden, daß alle großen industriellen Betriebe und sonstigen bedeutenden wirtschaftlichen Unternehmungen, in denen sehr hohe Kapitalien angelegt sind, gar nicht in die Lage kommen können, das Reichsnotopfer in Geld oder Geldeswert alsbald abzutragen. Eine solche Forderung würde ja der wirtschaftliche Ruin in den meisten Geschäftszweigen sein. Man muß da also nach Formeln suchen, welche diese Betriebe erhalten, und zwar entweder dadurch, daß das Reichsnotopfer in jährlichen kleineren Raten dargebracht wird, oder daß diese Betriebe als Aktiengesellschaften, in denen aber schließlich der Staat der alleinige Besitzer wird, in den Besitz des Reiches übergehen. Am meisten interessiert nun der Tarif des Reichsnotopfers. Nach diesem Tarife in dem Gesetzentwurfe, wie er in der Schlußberatung der Kommission für gut befunden wurde, werden bis 65 Prozent der größten Vermögen in Deutschland als Reichsnotopfer gefordert, also kurz gesagt, konfisziert. Gegenüber dieser Forderung muß offen erklärt werden, daß sie eine Revolution auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete bedeuten wird, denn die Erfüllung dieser gesetzlichen Forderung bedeutet die Aufsehung der sehr großen Vermögen im ganzen deutschen Reiche. Wir werden noch sehen, wie die Nationalversammlung selbst sich zu dieser ganz außerordentlichen Forderung stellen wird. Anerkannt muß aber werden, daß in dem nun aufgestellten Tarife des Reichsnotopfers eine ziemlich bedeutende Schonung der kleinen Vermögen festzustellen ist. Die kleinen Vermögen bis zu 25000 Mark haben nach dem Tarife des Reichsnotopfers nur 5 Prozent abzugeben, und die Vermögen bis zu 50000 Mark 12½ Prozent. Bei Vermögen von 100000 Mark steigt aber die Abgabe auf 20 Prozent, bei 200000 Mark auf 30 Prozent, und so steigt die Abgabe nach der Größe der Vermögen weiter bis auf 65 Prozent. Der Tarif hat daher menschlich und wirtschaftlich einen Anspruch auf Gerechtigkeit erfüllt.

Nachrichten

Übermittelt von Wolff's Telegraphen-Büro.

Wtb. Amsterdam, 21. Oktober. Dem Preßbüro Radio zufolge wird der Newyork Times und anderen amerikanischen Blättern aus Paris gemeldet, der Oberste Rat habe beschlossen, daß die Delegierten der Großmächte ohne Rücksicht darauf, ob ihre Regierungen ratifiziert haben oder nicht, verschiedenen durch den Friedensvertrag mit Deutschland notwendig gewordenen Kommissionen angehören und über die diesen Kommissionen vorliegende Fragen abstimmen können.

Das Preßbüro Radio meldet aus Annapolis: Am Ende der vierten Stahlstreikwoche behaupten die Arbeitgeber, daß sie Vorteile errungen haben, während die Streikführer daran festhalten, daß die Stahlerzeugung nur 10 Prozent der normalen Erzeugung betrage.

Laut Preßbüro Radio meldet Newyork Times aus Santiago, daß das chilenische Koalitionskabinett zurückgetreten sei.

Wtb. Berlin, 21. Oktober. Im Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses für Friedensmöglichkeiten erstattete nach der Vereidigung der Sachverständigen Abg. Dr. Sinzheimer das Referat. Er führte u. a. aus: In Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses ist Gegenstand der Beratung zunächst die sogenannte Friedensaktion des Präsidenten Wilson. Dem Ausschuß standen sämtliche Geheimakten des Auswärtigen Amtes zur Verfügung. Die Akten des Admiralstabes, des Kriegsministeriums und des Generalstabes werden in dem späteren Stadium der Verhandlungen herangezogen werden. Es wird eine der Hauptfragen sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, in welchem Verhältnis die Friedensaktion vom 12. Dezember mit der von uns angeregten und auch von Wilson in Aussicht gestellten Friedensaktion steht. Das Wesentliche in dem Vermittelungsangebot Wilsons war die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt indessen keinerlei Andeutung darüber. Gleichzeitig teilte eine neutrale Macht mit, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe, der äußerst ernst zu nehmen sei. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember in Berlin bekannt. Am 26. Dezember erfolgte die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann, daß er auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen abzugeben, nicht eingehe. Es wird hier namentlich festzustellen sein, welche konkreten Friedensbedingungen unseren Friedensaussichten vom 12. Dezember zugrunde lagen. Graf Bernsdorf machte wiederholt den energischen Versuch, wenigstens vertraulich von der Reichsregierung die Friedensbedingungen nach Washington zu erhalten. Staatssekretär Zimmermann hat ihn am 7. Januar, die Frage der Friedensbedingungen diktatorisch zu behandeln. Darauf wurde am 9. Januar der rücksichtslose U-Bootkrieg beschlossen.

Wtb. Berlin, 21. Oktober. Aus Südtirol kommt die Nachricht, daß italienische Firmen sich um die Vertretung deutscher Handelsinteressen in Südtirol bewerben. Die Südtiroler Firmen sind jedoch entschlossen, die früheren direkten Handelsbeziehungen zu Deutschland ohne die zeitraubende Vermittelung der italienischen Vertretung wieder aufzunehmen.

Wtb. Berlin, 21. Oktober. Bezüglich der Abstimmung in Schleswig drang die deutsche Regierung am 20. September erneut darauf, daß die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die aus Schleswig stammen, unverzüglich entlassen werden, damit sie ihr Abstimmungsrecht ausüben können. Die französische Regierung antwortete vorgestern, daß diesbezügliche Maßregeln bereits ergriffen, und daß mehrere Tausende Kriegs- und Zivilgefangene bereits heimgeschafft worden seien. Die diesbezüglichen Anträge werden in jedem Falle sofort erledigt. Die Einzelnen werden entlassen, sobald feststeht, daß Artikel 109 des Friedensvertrages auf sie Anwendung findet.

Wtb. Frankfurt a. M., 21. Oktober. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Luxemburg: Die der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft gehörenden Hochöfen der Erzgruben in Deutsch-Oth wurden im Submissionswege von den Schneider-Creuzot-Werken für 26 Millionen Franken erworben.

Wtb. Versailles, 21. Oktober. Vom 16. bis 18. Oktober besuchten deutsche Forstsachverständige unter Führung von örtlich orientierten französischen Forstverwaltungsbeamten typische Punkte der zerstörten Forstgebiete in den Departements Maas und Aisne. Es zeigte sich dabei, daß in den besichtigten Gebieten sehr erhebliche Aufräumungs- und Aufforstungsarbeiten zu leisten sind, die jedoch nur im Zusammenhang mit anderen Wiederherstellungs- und Aufbau-Arbeiten vorgenommen werden können.

Wtb. Berlin, 20. Oktober. Zeitungsnotizen zufolge sollen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit bestimmten Serienummern falsch sein. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entbehren diese Gerüchte jeder Begründung. Sie sind anscheinend darauf zurückzuführen, daß Fälscher bei Herstellung ihrer Fabrikate auch die Nummern echter Noten übernehmen. Von einzelnen Banken sollen sogar Verzeichnisse bestimmter Falschstücke veröffentlicht worden sein. Solche Bekanntgaben müssen, falls sie tatsächlich erfolgt sein sollten, als unzutreffend bezeichnet werden.

Wtb. Helsingfors, 20. Oktober. Reuter. Heute morgen wehte noch die rote Fahne über Kronstadt.

Wtb. Amsterdam, 20. Oktober. Times meldet aus Washington zum drohenden Kohlenstreik, daß die Bergwerksbesitzer mit den Arbeitern nicht verhandeln wollen, bevor sie den Streikbeschluß nicht zurücknehmen. Die Bergwerksbesitzer verlangen außerdem, daß der achtstündige Arbeitstag und die sechstägige Arbeitswoche aufrecht erhalten bleiben. Die Arbeiter verlangen statt dessen den sechsstündigen Arbeitstag und die fünftägige Arbeitswoche, dazu eine Lohnerhöhung von 60%. Ein Streik der Arbeiter in den Kohlenwerken würde nicht allein bedeuten, daß Europa keine Kohlen aus Amerika erhält, sondern würde auch eine Einschränkung des Kohlenverbrauchs in Amerika zur Folge haben.

Wtb. Bern, 20. Oktober. Infolge des Ausstandes der Landarbeiter in der Provinz Piacenza geht die ehemals blühende Provinz, wie Secolo schreibt, vollkommen dem Elend entgegen. Alle Versuche der Regierung, eine Einigung zwischen beiden Parteien zustande zu bringen, haben sich zerschlagen. Die Herbstsaat ist fast vollständig unterblieben, sodaß ungeheure Landstrecken nicht bebaut werden konnten. Die Eigentümer haben aus Mangel an Futtermitteln und Arbeitskräften ihre Viehbestände zum größten Teil nach den benachbarten Provinzen verkauft. Infolgedessen fehlt es an Milch und Milchprodukten.

Wtb. Wien, 20. Oktober. Auf der Tagung der Vertrauensmänner der großen deutsch-nationalen Organisationen (alldeutscher Verein für die Ostmark, deutsch-nationaler für Oesterreich und deutscher Volksbund) sprachen sich die Redner aller drei Parteigruppen für eine Einigung der Deutsch-Nationalen zu einer Partei aus, die dann zur Bildung einer deutsch-völkischen Reichspartei führen soll. Die Tagung gestaltete sich auch zu einer einmütigen Kundgebung der Deutschnationalen für das Festhalten an der demokratischen Republik und gegen etwaiges Wiedererscheinen der Habsburger.

Wtb. Haag, 21. Oktober. Nieuwe Courant meldet aus Washington, das amerikanische Auswärtige Amt habe mitge-

teilt, daß die Vereinigten Staaten in keinem einzigen Ausschuß, der infolge des Friedensvertrages mit Deutschland einzusetzen ist, vertreten sein können, bevor der amerikanische Senat den Friedensvertrag nicht ratifiziert hat.

W. B. Haag, 21. Oktober. Nieuwe Courant meldet aus Atlantic City, daß bei dem Eröffnungsessen der internationalen Handelskonferenz der vormalige Leiter des amerikanischen Schiffahrtsamtes, Hurlei, erklärte, die Vereinigten Staaten müßten von Europa kaufen und wieder an Europa verkaufen, da sonst Europa niemals in der Lage sein werde, seine Schulden an Amerika zu bezahlen.

Wtb. Amsterdam, 21. Oktober. Times meldet aus Alexandrien, daß am Freitag eine große Kundgebung zu Gunsten der Unabhängigkeit Aegyptens abgehalten wurde. Es wurde gerufen: „Weg mit Milner!" Aegyptische Truppen und Polizei trieben die Menschenmassen „ohne große Verluste an Menschenleben" auseinander.

Wtb. Amsterdam, 21. Oktober. Telegraf meldet, daß Prinz August Wilhelm in Amerongen eingetroffen ist.

Privattelegramm. Berlin, 21. Oktober. Zur Mitteilung der Leitung des Streiks der Metallarbeiter, daß über die Wiederaufnahme der Arbeit Verhandlungen noch nicht stattgefunden haben, meint der Vorwärts, man könne verschieden darüber denken, ob es im Interesse eines wirksamen Abschlusses der Bewegung taktisch klug sei, die Entscheidung bis nach dem gesamten Abschluß der Verhandlungen hinauszuschieben. Immerhin sei der Beschluß gefaßt und müsse, wenn auch materielle Opfer damit verbunden seien, von den Streikenden durchgeführt werden.

Der gegen die belgischen Uebergriffe gerichtete Streik auf dem linken Rheinufer hat sich auf Krefeld und Uerdingen ausgedehnt.

Den Posten des Ministers für den Wiederaufbau zu übernehmen soll Oberbürgermeister Geßler von Nürnberg sich jetzt entschlossen haben. Er ist, wie die Morgenblätter schreiben, einer der führenden Männer der süddeutschen Demokratie.

Zum Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen wird in der Deutsch-Allgemeinen Zeitung u. a. mitgeteilt, daß bei Behandlung der Beamtenfrage sich für die Regierung selbstverständlich die Forderung ergab, daß nicht nur, laut Morgenblätter, diejenigen Beamten, die in dem Gebiet verbleiben, von einer Verwögensliquidation Abstand genomen wird, sondern daß diese Erleichterung auch den anderen Beamten und der übrigen Bevölkerung zuteil werden muß. Bisher sind die Polen bedauerlicherweise auf die deutschen Vorschläge nicht eingegangen, aber es liegt noch kein Grund vor, die Hoffnung aufzugeben.

Der Kreisausschuß von Namslau protestiert, laut Morgenblätter dagegen, daß der nordöstliche Teil des Kreises mit der rein deutschen Stadt Reichthal, neun deutschen Gemeinden und sechs Gutsbezirken ohne weiteres an Polen überwiesen werden soll, während der südöstliche mit dreizehn deutschen Gemeinden und acht Gutsbezirken in das oberschlesische Abstimmungsgebiet einbezogen worden ist.

Privattelegramme. Berlin, 22. Oktober. Der Beschluß des Reichskabinetts, deutsche Delegierte zur internationalen Arbeitskonferenz nach Washington zu entsenden, wird vom Tageblatt begrüßt. Dem Beschluß gingen Besprechungen mit den deutschen Gewerkschaftsführern voran, die ein günstiges Resultat hatten und auch die Gegner der Beteiligung bewogen haben, ihren Widerspruch dagegen aufzugeben. Die Zusammensetzung der deutschen Delegation steht noch nicht ganz fest.

— Der Vorwärts stellt fest, daß die deutschen Delegierten als gleichberechtigte in Washington vertreten sein werden.

— Von sachkundiger Seite erfährt die Vossische Zeitung, daß im oberschlesischen Kohlenbezirk die Bergarbeiter längst eingesehen haben, daß sie durch sinnlose Streiks sich selbst am meisten schädigen. Sie seien jetzt fast allgemein bemüht, den Lohnausfall durch verstärkte Arbeit wieder einzuholen.

— Die Schiedsgerichtsverhandlungen in der Berliner Metall-Industrie haben gestern begonnen und sollen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden. Als unparteiische Schiedsrichter sind die Professoren Jaffe und Romberg und Staatssekretär Müllendorff, Wissell und Stadtrat Simonsohn ernannt worden.

— Die Kreisgruppe Rendsburg der schleswig-holsteinischen Landespartei mißbilligt den Eintritt der Demokraten in die Regierung.

— An der Schweizer Grenze wurden Couriere der deutschen kommunistischen Jungburschen-Bewegung abgefaßt. Sie hatten Briefe bei sich, aus denen hervorgehen soll, daß für die Zeit vom 7.—9. November zur Feier der Revolution in Deutschland eine neue Aktion der kommunistischen Organisationen in Aussicht genommen werde.

— Aus einer Unterredung des Reichspräsidenten Ebert mit dem Mitarbeiter eines spanischen Blattes teilt das Tageblatt mit: Der Präsident sagte u. a.: Glücklicherweise nehme die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitslust unseres Volkes ständig zu. Die Stellung der Regierung ist heute stärker denn je. Die äußere Linke wird jeden Tag schwächer.

WTB. Amsterdam, 21. Oktober. Die englischen Bauarbeiter drohen mit Streik. Sie fordern Lohnerhöhung. Wenn bis Dienstag keine Einigkeit erzielt ist, legen 250 000 Mann die Arbeit nieder.

WTB. Wien, 21. Oktober. Die Blätter veröffentlichen eine durch das Korrespondenzbüro ausgegebene amtliche Erklärung über die Grundlagen der auswärtigen Politik der Republik, in der es heißt: Die neue Regierung wurde gebildet aus Vertretern der beiden Parteien, die den Friedensvertrag von St. Germain angenommen haben. Damit ist gegeben, daß die Regierung sich in der auswärtigen Politik auf die Grundlage des Friedensvertrages von St. Germain stellt und danach trachten wird, diesen von der Nationalversammlung gut geheißenen Kurs, sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach einzuhalten. Die Regierung wird bestrebt sein, freundliche Verhältnisse zu den Nachbarstaaten herzustellen. Sie strebt eine staatsrechtliche Verbindung mit diesen Nachbarstaaten nicht an. Unsere auswärtige Politik wird in erster Linie eine Wirtschaftspolitik sein und das Ziel haben, den freien Handel mit dem Auslande möglichst bald wieder herzustellen. Die Erklärung drückt die Hoffnung auf tatkräftige Unterstützung der vertragschließenden Mächte beim Aufbau des österreichischen Wirtschaftslebens aus.

WTB. Nürnberg, 21. Oktober. Oberbürgermeister Dr. Geßler nimmt den Posten als Wiederaufbauminister an.

WTB. Wien, 21. Oktober. Die „Neue Freie Presse" meldet, unter dem ernsten Eindruck des Kurssturzes der Krone werde in Paris erwogen, ob es nicht möglich sei, bei der Lieferung von Nahrungsmitteln ein festes Wertverhältnis zwischen der Krone und den fremden Zahlungsmitteln zuzugestehen, und so die Einfuhr zu erleichtern und gleichzeitig der Krone eine Stütze zu bieten.

WTB. Breslau, 21. Oktober. Der Pressedienst des Oberpräsidenten Schlesiens teilt mit: Am 22. Oktober trifft, wie bereits bekannt gegeben, der Herr Reichspräsident in Breslau ein. Er wird vormittags 9 Uhr auf dem Hauptbahnhof durch den Oberpräsidenten, den Reichs- und Staatskommissar, den Oberpräsidialrat, den Polizeipräsidenten und den Eisenbahnpräsidenten empfangen. Von hier aus begeben sich die Herren nach dem Rathaus, wo um um 9¼ Uhr Empfang durch die städtischen Körperschaften stattfindet. Um 9¾ Uhr ist Empfang in der Ausstellungshalle vorgesehen, zu dem etwa 120 Herren geladen sind und zwar die Spitzen der Behörden, die Vorstände der bedeutendsten Berufs- und Gewerkschaftsverbände und eine Anzahl weiterer im öffentlichen Leben Schlesiens stehenden Personen. An den Empfang schließt sich die Besichtigung der Ausstellung unter Führung der Ausstellungsleitung an. Um 11¾ Uhr fährt der Herr Reichspräsident nach dem Landeshause, wo um 12 Uhr mittags Empfang der oberschlesischen Abordnungen im Landtagssitzungssaal stattfindet. Um 5 Uhr nachmittags wird der Herr Reichspräsident der Aufführung der Massenchöre Breslauer Schüler und Schülerinnen beiwohnen.

WTB. Berlin, 21. Oktober. Die Unterrichtsminister der Einzelstaaten haben sich darüber geeinigt, dem preußischen Erlaß über Zulassung der Volksschullehrer zu den Hochschulen grundsätzlich zuzustimmen. Sie befürchten aber von der Ueberfüllung der akademischen Berufe unerträgliche Zustände und wünschen dringend, daß auch die Abiturienten der höheren Schulen andere Berufe ergreifen.

Politische Rundschau.

Die Aussicht auf einen Sonderfrieden zwischen Deutschland und Amerika.

Wie aus Washington gemeldet wurde, will die republikanische Mehrheit im amerikanischen Senate darauf bestehen, einen Sonderfrieden zwischen Amerika und Deutschland abzuschließen, falls der Austausch der Friedensratifikationen zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland stattfindet, ehe Amerika den Friedensvertrag ratifiziert hat. Diese Möglichkeit würde allerdings für die Friedenslage und den geplanten Völkerbund ein ganz neues Ereignis sein, über dessen Folgen man bis jetzt nur Vermutungen anstellen könnte.

Die Reichsregierung und die Haltung des Generals von der Goltz in den baltischen Ländern.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Telegramm, daß der bisherige Truppenbefehlshaber im Baltikum General von der Goltz an den russischen Führer Bermondt gesandt hat. Die Reichsregierung mißbilligt dieses ihrer Politik völlig zuwiderlaufende Telegramm aufs schärfste und sieht von einem Verfahren gegen den General, der seit Sonntag in Berlin weilt, nur wegen des Umstandes ab, weil dieser bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht hat.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß an der Arbeit.

Der parlamentarische Ausschuß der Nationalversammlung für die Untersuchung gewisser Vorgänge vor und während des Weltkrieges hat am Dienstag mit seinen öffentlichen Sitzungen begonnen. Es wird sich in diesen Untersuchungen hauptsächlich um die Kundgebungen und Vorwürfe handeln, welche gegen den ehemaligen deutschen Botschafter Grafen Bernstorff erhoben worden sind und um die Beurteilung der Kundgebungen des ehemaligen Staatsministers Dr. Helferich und des Generals Ludendorff. Als Berichterstatter des Untersuchungsausschusses ist der Abg. Dr. Sinzheimer bestellt worden und soll dann sofort nach dessen Berichterstattung die Vernehmung des Grafen Bernstorff stattfinden. Auch der Staatsminister Dr. Helfferich und der General Ludendorff haben Einladungen von Seiten des Untersuchungsausschusses erhalten. Nach einigen Zeitungsnachrichten soll der General Ludendorff sein Erstaunen darüber ausgesprochen haben, daß nicht auch Generalfeldmarschall von Hindenburg eine Einladung erhalten habe, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu erscheinen.

Zur Verzögerung des Inkrafttretens des Friedenszustandes.

Eine vom Obersten Rate des Verbandsmächte in Paris bekanntgegebene amtliche Mitteilung besagt, daß die Inkraftsetzung des Friedens noch hinausgeschoben wird, bis die Frage der Besetzung der von Deutschland zu räumenden Gebiete gelöst wird. Merkwürdigerweise ist man sich dieser Aufgabe erst bewußt geworden, als alle Papiere unterzeichnet waren, und so wird die Wiederherstellung des normalen Zustandes abermals um mindestens eine Woche verzögert.

Vorläufig keine neuen Zwangsmaßregeln gegenüber Deutschland.

Die Londoner Zeitungen berichten aus Paris, daß der Oberste Rat der Verbandsmächte sich erst nach dem Eintreffen der Berichte der nach den baltischen Ländern gesandten Kommission über etwa notwendig werdende neue Zwangsmaßregeln gegenüber Deutschland entscheiden werde. Die Kommission, welche die Verbandsmächte nach den baltischen Ländern senden werde, wird sich erst in diesen Tagen über Berlin nach Mitau begeben. Auch der Wirtschaftsausschuß der Verbandsmächte hat sich im allgemeinen gegen eine neue Blockade gegen Deutschland erklärt.

Das deutsch holländische Valutaabkommen.

Aus Berlin wird berichtet, daß die Verhandlungen über einen Kreditvertrag zwischen einem holländischen Konsortium und Deutschland nunmehr zum Abschluß gelangt sind. Der Zweck dieses Abkommens besteht hauptsächlich darin, Deutschland Kredite bis zu 60 Millionen holländischen Gulden zur Beschaffung von Rohstoffen für die deutsche Industrie zu gewähren, und erwartet man von diesen Rohstofflieferungen in der holländischen Währung auch eine sehr günstige Einwirkung auf die deutsche Valuta.

Aus der Nationalversammlung.

Vor ziemlich leeren Bänken hat sich die Nationalversammlung am Sonnabend mit sozialpolitischen Angelegenheiten beschäftigt, und trug dazu der sozialdemokratische Abg. Müller-Potsdam die besonderen Wünsche seiner Partei für die Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung vor. Von Seiten der Zentrumspartei gab der Abg. Tremmel bekannt, daß die Zentrumspartei ein weiter zu entwickelndes Arbeiterrecht fordere, und die Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, Fräulein von Gierke, entwickelte gleich ein ganz neues sozialistisches Programm, welches ein Arbeiterrecht, mit Bestimmung der Betriebsräte und die Verlängerung der Schulpflicht forderte. Der Arbeitsminister Schlicke erwiderte darauf, daß durch die Errichtung einer Reichszentrale für die Arbeitsvermittelung, ferner für Beihilfen zur Unterstützung von Abeitslosen, dann zur Bekämpfung der wilden Streiks, ferner durch eine Revision der Reichsversicherungsordnung und schließlich auch durch den Abbau der Heereslazarette die sozialpolitischen Schwierigkeiten allmählich beseitigt werden sollten.

Die Eroberung von Petersburg durch die westrussische Armee.

Die Eroberung Petersburgs durch die westrussische Armee unter dem General Judenitsch wird jetzt bestätigt. Die Bolschewisten sind auch aus Kronstadt und aus den übrigen Küstenstädten des finnischen Meerbusens vertrieben worden. Die englischen Kriegsschiffe haben offenbar mit der westrussischen Armee bei der Eroberung Petersburgs Hand in Hand gearbeitet, denn das englische Geschwader ist nunmehr in die Mündung der Newa eingelaufen. Es wird sich nun zu zeigen haben, ob die Eroberung von Petersburg den vollständigen Sturz der bolschewistischen Regierung in Rußland bedeutet.

Die Lage in den baltischen Ländern.

Die Nachrichten aus den baltischen Ländern lauten immer noch recht widerspruchsvoll, und ist vor allen Dingen noch immer nicht die Differenz des Generals Awaloff mit den Oberbefehlshabern der westrussischen Armee aufgeklärt worden. Die Letten kämpfen sowohl gegen die Bolschewisten, als auch gegen die herandringenden Truppen des westrussischen Heeres. Um die Stadt Riga wird immer noch gekämpft.

Die finanziellen Lasten und Aufgaben Frankreichs.

Bei der Bewilligung neuer Kredite in der französischen Deputiertenkammer führte der Finanzminister Klotz aus, daß sich die Finanzlage Frankreichs im Vergleiche mit dem Voranschlage bedeutend gebessert habe. Vor dem Kriege betrugen die Einnahmen 4,2 Milliarden bei einem Ausgabenvoranschlag von 5 Milliarden, während 1919 die Einnahmen auf mehr als 10 Milliarden angesetzt werden konnten. Diese Einnahmeerhöhung beweist, daß das Land Zutrauen zu seiner Zukunft haben kann. Der Minister stellte die Möglichkeit in Aussicht, Ende Januar oder Anfang Februar eine Anleihe aufzunehmen. Die Ausgaben von 1919 werden auf 20,5 Milliarden angesetzt, darin sind einbegriffen die von Deutschland zu zahlenden Pensionen. Für den Militärhaushalt werden 2 Milliarden angesetzt wie 1913.

Lloyd George zur Lage in England.

Nach den Berichten der Londoner Zeitungen hat der Ministerpräsident Lloyd George in einer Rede, die er soeben in der großen Industriestadt Sheffield gehalten hat, hervorgehoben, daß England nunmehr mit seinem gewaltigen Feinde Frieden geschlossen habe, und daß nun für England die Zeit gekommen sei, sich wieder mit allem Eifer der produktiven Arbeit zu widmen. Es müsse in England viel mehr gearbeitet werden als früher, denn England habe jetzt viel größere Lasten als vor dem Kriege zu tragen und dazu sei die Not in vielen Kreisen gestiegen. Auch seien die Schulden Englands durch den Krieg um das Zehnfache vermehrt worden. In der Welt bestehe ein großes Bedürfnis nach den wichtigsten Handelsartikeln und sei es wichtig, daß England den gehörigen Anteil an der Befriedigung dieser Bedürfnisse bekomme. Für England könne da Amerika in der Benutzung aller die Produktion hebenden Mittel und Wege ein Beispiel sein.

Streik im besetzten Gebiete des Westens.

Duisburg, 21. Oktober. Ein Streik in der 4. Zone des linken Rheinufers hat sich auf die Städte Krefeld und Uerdingen ausgedehnt. Es wurde eine Kommission gewählt, die aus Beamten und Arbeitern der streikenden Werke sowie aus bürgerlichen Elementen besteht und den Streik überwacht. Der Verkehr über die Rheinbrücke wurde gesperrt, die Lebensmittelgeschäfte sind nur auf zwei Stunden am Tage zum Verkauf geöffnet. Eine Streikabordnung hatte sich an die interalliierte Kommission in Köln gewandt, wurde aber an die Waffenstillstandskommission in Düsseldorf verwiesen und hat sich dorthin begeben.

Nach eine aMannheimer Meldung ist mit dem Ausbrechen eines neuen großen Generalstreiks im Saargebiet zu rechnen, der sich auch auf die Pfalz und die angrenzenden Gebiete erstrecken wird. Die Bewegung richtet sich lediglich gegen die fortgesetzten Uebergriffe der französischen Militärgewaltherrschaft. Von großem Einfluß auf die wachsende Erbitterung der Bevölkerung ist in den letzten Tagen die Rückkehr der Kriegsgefangenen gewesen, durch die bekannt geworden ist, in wie schamloser Weise sich Frankreich gegen unsere Gefangenen vergangen hat.

Die Zahlenstärke der Reichswehr.

Berlin, 21. Oktober. Gegenüber einer Meldung der „Freiheit" stellt der „Tag" fest, daß sich die Zahlenstärke der Reichswehr bereits wesentlich unter 400000 hält.

Amerika und die Vorgänge in Rußland.

Versailles, 20. Oktober. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in Washington berichtet vom 18 Oktober: Die Nachrichten aus Rußland, die die amerikanische Regierung erhalten habe, besagen, daß der Sturz des Bolschewismus bevorstehe. In einem Teil der öffentlichen Meinung zeigt sich eine gewisse Beunruhigung. Im Genat sei gesagt worden, England und Frankreich wollten das europäische Rußland, Japan wolle Sibirien beherrschen.

Abtransport aus dem Baltenlande.

Berlin, 20. Oktober. Im Baltenlande beginnt nunmehr der Abtransport der früheren Fronttruppen, nachdem in den letzten Tagen schon Etappentruppen abtransportiert worden waren. Es sind bereits Artillerieabteilungen und Radfahrerabteilungen in der Gegend von Schaulen eingetroffen und teils schon verladen, teils im Verladen begriffen. Der für den Abtransport der deutschen Truppen besonders in Betracht kommende Bahn-

hof Radziwilischki ist im Einvernehmen mit dem litauischen Oberkommando von deutschen Truppen besetzt worden.

10000 Mark Geldstrafe für Neustadt a. d. H.

Frankfurt am Main, 21. Oktober. Mit einer Summe von 10000 Mark wurde Neustadt a. d. H. von der französischen Besatzungsbehörde belegt, weil der Täter nicht ermittelt werden konnte, der in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober auf einen französischen Offizier einen Ueberfall ausgeführt hatte.

Räumung und Neubesetzung der Abstimmungsgebiete.

Haag, 20. Oktober. Der Oberste Rat beschäftigte sich mit der Frage des Inkrafttretens des Friedensabkommens. Er stellte fest, welche verbündeten Truppen für die Besetzung der von Deutschland zu räumenden Gebiete, wie Oberschlesien, Schleswig, Memel usw. verwandt werden sollen. Sofort nach der feierlichen Proklamierung der Ratifizierung müssen laut Friedensvertrag die deutschen Truppen die genannten Gebiete verlassen. Damit keine Unruhen stattfinden, wird es nötig, daß die deutschen Truppen durch verbündete Truppen ersetzt werden. Die Räumung und Neubesetzung soll gleichzeitig stattfinden. Da die militärischen Maßnahmen einige Zeit erfordern, wird die feierliche Verkündung der Ratifikation sich um mehrere Tage verzögern. Der Rat hat inzwischen die Tagesordnung für die Feierlichkeiten bereits festgestellt.

Anfrage wegen der falschen 50-Markscheine.

Berlin, 20. Oktober. Der Abgeordnete Dr. Mittelmann hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht: Die Verbreitung falscher 50-Markscheine hat in letzter Zeit wieder einen erschreckenden Umfang angenommen. Die Fälschungen sollen systematisch von bolschewistischer Seite betrieben werden, um eine Zerrüttung unseres Geldwesens herbeizuführen. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung hiergegen zu ergreifen?

Die heimattreuen Oberschlesier in Berlin.

Berlin, 21. Oktober. Die heimattreuen Oberschlesier waren gestern abend von landsmannschaftlicher Seite nach dem Weihenstefan geladen worden, um die Vorbereitungen für die Abstimmungsreise nach der Heimat zu besprechen. Aber die Veranstalter hatten ihre Landsleute unterschätzt; auf eine handvoll Leute hatte man gerechnet, und Tausende kamen. Der vorhandene Raum erwies sich als viel zu klein. In hellen Scharen zog man nach der Philharmonie, Männer und Frauen, um ein Unterkommen zu suchen. Allein die Säle waren besetzt. So wurden im Vorhof ein paar Begrüßungsworte gesprochen und ein Hoch auf das deutsche Oberschlesien ausgebracht. In Kürze wird die Versammlung in einem großen Saal tagen, was öffentlich bekanntgegeben wird.

Die finanzielle Zukunft der Städte.

Vorschlag zur Erhebung eines 5. Steuerquartals.

Würzburg, 21. Oktober. Eine hier abgehaltene Versammlung der Kämmerer größerer Städte Deutschlands beschäftigte sich mit der finanziellen Zukunft der Städte. Zur Deckung der gewaltig angewachsenen Personalkosten wurde Uebereinstimmung dahin erzielt, daß diese in erster Linie aus laufenden Einnahmen getragen und zu diesem Zweck noch im Laufe dieses Jahres die Steuerlasten unter diesen Umständen durch Erhebung eines 5. Quartals an Einkommensteuer erhöht werden müßten.

Ein dritter Münchener Massenmordprozeß.

Niedermetzelung katholischer Gesellen.

Am Dienstag werden sich vor dem Volksgericht München unter der Anklage des Totschlags zu verantworten haben: der 22jährige ledige Metzger, zuletzt Schütze der Freiwilligenabteilung Bayreuth Jakob Müller, der ledige Wiseldwebel beim Freikorps Görlitz, Konstantin Makowski, der 21jährige ledige Maschinist, zuletzt Schütze des bayerischen Schützenkorps, Otto Grabasch, und der 19jährige ledige Wehmeister, zuletzt Schütze der Freiwilligenabteilung Bayreuth, Fritz Kreiner. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Am 6. Mai 1919, abends gegen 9 Uhr, wurden von einer Patrouille des Alexandra-Regiments von der Gardeschützenbrigade im Vereinslokal des katholischen Gesellenvereins an der Augustenstraße 26 Mitglieder dieses Vereins, die sich zu einer Besprechung versammelt hatten, festgenommen unter dem Verdachte, sie seien Spartakisten, die sich zu politischen Zwecken verbotener Weise versammelten. Nachdem der Transport im Hofraum des Haftlokals angelangt war, drangen die Soldaten nach und fielen über die vermeintlichen gefangenen Spartakisten her, um sie umzubringen. Sieben Gefangene wurden noch im Hofraum erschossen, den übrigen, die bereits in den Kellerraum hinabgebracht worden waren, drängte eine größere Anzahl Soldaten nach und richtete dort unter den Gefangenen, die sich auf Befehl mit dem Gesicht nach unten niederlegen mußten, mit Schuß- und Hiebwaffen ein fürchterliches Blutbad an. Vierzehn der Verhafteten wurden getötet, fünf mehr oder minder schwer verwundet; diese konnten noch gerettet werden.

Auf Grund dieses Sachverhaltes beschuldigt der Staatsanwalt die Angeklagten, gemeinschaftlich und vorsätzlich Menschen getötet bezw. zu töten versucht zu haben, ohne jedoch die Tötung bezw. den Tötungsversuch mit Ueberlegung ausgeführt zu haben.

Lokales.

?? Namslau, 22. Oktober. (Der Städtetag für die Zwangswirtschaft.) Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat die Zeitungsnachrichten, nach denen der Deutsche Landbund in mehreren Eingaben den schleunigen Abbau der Zwangswirtschaft gefordert hat, zum Anlaß genommen, um die zuständigen Stellen dringend vor einem Abbau im gegenwärtigen Augenblick zu warnen. Es sei dafür noch nicht die Zeit da, wenn der Städtetag auch den Eintritt dieses Zeitpunktes aufs lebhafteste herbeisehne; wann der Zeitpunkt eintreten wird, sei vor Ablauf des Winters — für den große Ernährungsschwierigkeiten bevorstehen — schwerlich zu übersehen. Nach dem unglücklichen Ausgang der Eier-, Hafer- und Lederfreigabe könne kaum zweifelhaft sein, daß die erste Folge eines allgemeinen Abbaues die Steigerung aller Preise auf die ungeheuerliche Höhe der Auslandspreise und die weitere ein vollständiger Zusammenbruch der Wirtschaftsführung der Verbraucher wäre.

△ (Rohzucker für Verbraucher.) Nach Sache der diesjährigen trüben Aussichten für die Zuckerversorgung sollen, wie wir in einer oberschlesischen Tageszeitung lesen, die zuständigen Reichsstellen sich mit dem Plane beschäftigen, über kurz oder lang nur noch Rohzucker an die Bevölkerung gelangen zu lassen. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen und der Frauenbeirat hat sich zwar früher gegen den in seiner Herstellung recht unoppetitlichen Rohzucker ausgesprochen. Demnach sollen die maßgebenden Stellen die Rohzuckerverteilung und die Schließung der Raffinerien für einen Ausweg aus den Kohlenschwierigkeiten halten.

= (Die Erntearbeit in Schlesien.) Entgegen anderen Meldungen kann auf Grund amtlicher Darstellung festgestellt werden, daß die Einbringung der Ernte in Schlesien sich nicht durch Mangel an Arbeitskräften verzögert hat. Für den Rest der Ernte sind einigen Gegenden noch weitere russische Kriegsgefangene zugewiesen worden; ferner kann erst Anfang Oktober größerer Zuzug an jugendlichen Arbeitern aus Sachsen und auch den Arbeitern aus stillgelegten Fabriken bei der Landwirtschaft ausreichende Beschäftigung an, die nur nicht immer in dem erwünschten Maße angenommen wurde. Von einem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern kann bereits seit einiger Zeit in der ganzen Provinz nicht mehr gesprochen werden.

= (Fußballsport.) Am vergangenen Sonntage standen sich die Fußballmannschaft der Spielabteilung des Männer-Turn-Vereins (Alter Verein) Namslau und der kombinierten I. und II. Mannschaft des S. C. „Preußen" in einem Freundschaftsspiel gegenüber. Der vorhergesehene Erfolg der „Preußen" bestätigte sich voll und ganz. Die Turner, die allerdings erst anfangen, den Fußballsport zu betreiben, mußten sich dem S. C. „Preußen" mit dem hohen Resultat von 15:0, Halbzeit 8:0 beugen. In der 1. Spielhälfte gaben sich die Turner redlichste Mühe, den hartnäckigen Angriffen standzuhalten und den „Preußen" gelang es wider Erwarten, nur 3 Tore zu schießen. In der 2. Hälfte jedoch zeigte der Preußensturm ein derart schönes Kombinationsspiel, daß der Ball von dem Turnertor gar nicht mehr wich und 12 mal eingesandt werden konnte. — Es wäre sehr wünschenswert, wenn ein solch schönes Zusammenspiel, wie es die Preußenmannschaft am vergangenen Sonntage zeigte, auch in den beiden Wiederholungsspielen gegen den Schiller-Sportklub Oels und den M.-T.-V. „Vorwärts" Oels zu Tage treten würde.

= (Turnmarsch.) Der Männerturnverein „Jahn" Namslau veranstaltete am Sonntag, den 19. Oktober einen Turnmarsch nach Grambschütz, der einen überaus schönen Verlauf nahm. Gegen 2 Uhr marschierte der größte Teil der Mitglieder — voran Trommler und Pfeifer — von der Hindenburghalle ab. In Grambschütz angelangt, wurde der Kaffee eingenommen, worauf sich Faustball- und Ueberhand Turnspiele unter reger Beteiligung der Damen schlossen. Bei eintretender Dunkelheit versammelten sich die Mitglieder im Motros'schen Saale, woselbst ein Kommers seinen Anfang nahm. Einzelvorträge und gemeinschaftliche Turnerlieder unterhielten die Anwesenden aufs beste. Von 7 Uhr ab erklangen die Weisen der Hauskapelle des M.-T.-V. „Jahn", wonach das Tanzbein recht kräftig geschwungen wurde. Um 9½ Uhr wurde aufgebrochen und gemeinschaftlich zur Bahn gegangen. Allen Teilnehmern wird der Turnmarsch in angenehmster Erinnerung bleiben.

= (Beseitigung der Gutsbezirke.) In dem Entwurf der neuen Landgemeindeordnung ist, wie die „Pol. Inf." hört beabsichtigt, die Gutsbezirke allgemein ohne jede Ausnahme zu beseitigen, und zwar in der Form, daß sie nach einem vom Kreisausschuß aufzustellenden Plane entweder mit einer oder mehreren benachbarten Landgemeinden vereinigt oder in besondere Landgemeinden umgewandelt werden. In diesen neugebildeten Landgemeinden gelten dieselben Grundsätze über Wahlen, Steuerrecht usw. wie in allen anderen Landgemeinden.

= (Revision.) Am vergangenen Montag wurde die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule vom Revisor der gewerblichen Fortbildungsschulen im Regierungsbezirk Breslau Herrn Giesebrecht revidiert. Revisor besuchte sämtliche Klassen, die an diesem Tage Unterricht hatten und überzeugte sich von den Leistungen der Schüler in verschiedenen Disziplinen. Auch nahm er die schriftlichen Arbeiten sowie die Zeichnungen der Schüler mit großem Interesse in Augenschein, hierbei den Zeichenlehrern dankenswerte Winke gebend bezw. einige Wünsche äußernd. — Bei der Konferenz, die sich an die Revision anschloß, wurden verschiedene Angelegenheiten der Fortbildungsschule besprochen.

Am Schluß zollte Herr Giesebrecht den Lehrern für ihre fleißige und erfolgreiche Arbeit Anerkennung und Dank und stattete dann noch dem Herrn Bürgermeister Tietz, den er am Tage nicht sprechen konnte da er verreist war, einen Besuch ab.

— Auszeichnung. Dem Leutnant d. Res. Lehrer Arthur Schiller aus Schadegur wurde nachträglich das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen.

Theater in Namslau.

Wir machen nochmals auf die morgen Freitag stattfindende Aufführung der so ungemein beliebten Kallmann-Operette „Die Falschingsfee" aufmerksam. Die hier gastierende Gesellschaft der Operetten-Direktion M. Trenk u. R. Spielmann verfügt über glänzende Kräften und ist somit die Gewähr für einen sehenswerten und wirklich heiteren Abend gegeben.

Für die Freigabe des Schweinehandels.

In der Generalversammlung des Schlesischen Landbundes am 16. Oktober in Breslau ist einstimmig folgende Entschließung angenommen und an die Deutsche Nationalversammlung, die Preußische Landesversammlung, die Regierungen zu Breslau, Liegnitz und Oppeln und an das Oberpräsidium abgesandt worden:

Der Ausschuß wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, den Handel der Schweine möglichst sofort, spätestens aber vom 15. Dezember 1919 ab, freizugeben, widrigenfalls die Landwirtschaft keinerlei Anordnungen, betreffend Schweinebewirtschaftung befolgen wird. Bei Beitretungen für Ueberschreitung der Gesetze wird die geschlossene schlesische Landwirtschaft jede Milch- und Fleischlieferung einstellen. Die Kriegs- und Zwangswirtschaft hat es zuwege gebracht, die Schweinebestände Deutschlands zu vernichten. Der Konsument erhält kein Schweinefleisch mehr, Schweinefett gibt es überhaupt nicht. Gleichzeitig sind die Rindviehbestände im Fleischgewicht auf 40 Prozent des Friedensbestandes zurückgegangen. Die Milchergiebigkeit der verbliebenen geringen Bestände ist gleichfalls zurückgegangen. Die Lust, Vieh aufzuziehen, hat die Landwirtschaft verloren, weil das heranwachsende Vieh zu Preisen beschlagnahmt wird, welche 40 Prozent der tatsächlichen Unkosten betragen. In kurzem steht der Zeitpunkt bevor, zu welchem auch die Rindviehbestände weggewirtschaftet sind, wie es bei den Schweinen der Fall ist. Eine ausreichende Ernährung mit Fleisch und Fett ist deshalb unmöglich und eine Besserung ausgeschlossen. In Friedenszeiten wurde der Fleischbestand zu 64 Prozent aus Schweinefleisch und Fett gedeckt. Die Versorgung mit Milchfetten ist unmöglich und bedeutet der Fettmangel den Tod von Millionen. Im Frieden betrug der Schweinebestand rund 27000000 Stück. Die letzte Zählung ergab einen Bestand von 7000000 Stück. Die Landwirtschaft erhält jetzt für ein fettes Schwein oft weniger, wie dasselbe als Ferkel kostete. Sie ist daher nicht in der Lage, bei diesen Preisen zu produzieren. Bei Freigabe der Schweine würde sich der Bestand der Schweine in kurzer Zeit um mehrere 20000000 Stück heben. Bei einem Nettoschlachtgewicht von 80 Pfund je einem jährlichen Umsatz würden der Bevölkerung für ein Jahr 36000 Zentner Schweinefleisch und Fett zur Verfügung stehen, d. h. je Kopf und Jahr bei rund 65000000 Einwohnern 55 Pfund oder rund 1 Pfund je Woche. Sollte es aber auch nur möglich sein, ½ Pfund je Kopf und Woche zu produzieren, so wäre damit die Versorgung so gebessert, daß die größte Not abgewendet wäre. Der Schleichhandel zu ungeheuren Preisen blüht außerordentlich.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß der Landwirt nicht mehr gesonnen ist, sich eine weitere Zwangswirtschaft in Milch und Fleisch gefallen zu lassen, da ein Ende nicht abzusehen ist, wenn ihm nicht durch das Schwein die Aussicht geboten wird, in absehbarer Zeit genügende Fleisch- und Fettproduktion herzustellen, damit die Ernährung des Volkes sicherzustellen und die Fesseln der Zwangswirtschaft los zu werden. Er ist sich seiner Macht ebenso bewußt, wie seiner Verantwortung. Der erbärmliche Zustand, in dem wir uns jetzt befinden, ist auf die Schweinebeschlachtung zurückzuführen, deren Urheber heute noch an leitender Stelle im Reichsernährungsministerium sitzen. Um die Bevölkerung mit Fleisch und Fetten zu versorgen, hat die Landwirtschaft, die einzig dazu befähigt ist, die Zustände zu beurteilen, im Interesse der Konsumenten nunmehr beschlossen, für ihre Forderungen einzutreten. Zum Tragen der Verantwortung, die Schweine freizugeben, gehört nicht einmal mehr ein starker Mann, da wegen des Fehlens des Schweines keine Verantwortung mehr zu tragen ist. Die Berechtigung, die Höchstpreise von 150 Mark bei Fütterung von Auslandsfutter zu überschreiten, ist als völliger Zusammenbruch der Schweinebewirtschaftung anzusehen. Ohne weiteres wird nun damit zugegeben, daß die behördlichen Maßnahmen falsch waren. („Schles. Ztg.")

Eine Groß-Organisation der Auslanddeutschen.

Unsere rührigen Auslandspioniere wollen nicht länger in untätiger Ruhe die Entwicklung ihres Schicksals abwarten, sondern selbst das Steuer in die Hand nehmen, um ihr seit Kriegsausbruch von so tausendfachen Gefahren bedrohtes Schifflein zu lenken. Die hierzu erforderliche Einheitlichkeit des Wirkens ist durch eine im Ministerium des Innern stattgefundene Versammlung erreicht worden, in welcher alle im Reiche vorhandenen Organisationen zum Schutze der vertriebenen Auslanddeutschen sich zu einem „Bund der Auslanddeutschen" zusammen geschlossen haben. Wie dringend notwendig eine Selbsthilfe der Auslanddeutschen war, geht daraus hervor, daß das Reich im Gegensatz zu seiner Fürsorge für die Kriegsgefangenen, für die es ja bekanntlich unlängst 170 Millionen Mark bewilligt hat, sich bis heute außer Stande erklärt hat, irgend etwas wesentliches für die ja Hunderttausenden existenz- und brotlos unter uns weilenden Rückwanderer zu tun. Die Not unter diesen ist groß, daß hunderte von ihnen in Berlin und an anderen Plätzen in primitivsten Unterkünften, wie Schuppen und Bretzhütten, hausen und keinerlei Möglichkeit besitzen, ihre Lage zu verbessern. Man schätzt die Zahl der im ganzen Reiche augenblicklich anwesenden flüchtigen Auslanddeutschen auf nahezu ½ Million. Ihnen zu helfen wurde durch die im Anfang erwähnten Organisationen und andere, bereits seit langen Jahren bestehende Wohlfahrtsverbände eine Rückwanderhilfe E. V. in Berlin W. 50, Tauentzienstraße 6, begründet, die von den Staatsbehörden die Erlaubnis zur Veranstaltung einer großzügigen Sammlung erhielt, um diejenigen Mittel aufzubringen, die zur Ausübung des Liebeswerkes für unsere notleidenden Stammesbrüder erforderlich sind. Durch das Sprachrohr der „Rückwanderer hilfe" wenden sich alle daran beteiligten Verbände mit der Bitte um Unterstützung ihrer großen und vielseitigen Aufgaben an die Allgemeinheit, und zwar werden Beiträge und Stiftungen erbeten an die Reichsbank, Konto Rückwandererhilfe, oder an das Postscheckamt Berlin unter Nr. 49 023. Wenn je, so erkennt die Heimat heute die Bedeutung der Auslanddeutschen für unsere Zukunft, und diese Einsicht äußert sich erkenntlicher Weise auch in den Spenden für dieses Werk, die von seiten einzelner Firmen 50 000 Mk. und mehr betragen. Möge auch dieses Fürsorgewerk dazu beitragen, die Auslanddeutschen davon zu überzeugen, daß die Heimat ihr treues Wirken und Ausharren in der feindlichen Fremde nicht undankbar vergißt und daß der Begriff vom Stiefkind Auslanddeutschtum in unserem Vaterlande keinen Platz mehr hat.

Die Not der heimgekehrten Auslanddeutschen,

die, oft nach jahrelanger Internierung, beraubt um Existenz und Beruf, in großen Scharen, bei uns eingetroffen sind (allein aus Rußland 3 Millionen), hat mit Einwilligung des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege zur Bildung eines Hilfswerks unter der Bezeichnung „Rückwandererhilfe" geführt, das sich mit einem von Führern aller Parteien unterzeichneten Aufruf, durch welchen Gaben für dieses wichtige Werk der Nächstenliebe auf Konto 49 023 beim Postscheckamt Berlin erbeten werden, an die Oeffentlichkeit wendet. Es hieße den Ernst der Zeit verkennen, wollte man noch Zweifel über die Unentbehrlichkeit der durch Erfahrung und Taktsinn bewährten Auslanddeutschen beim Werk unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der Welt legen, und in der Tat dringt denn auch die Erkenntnis in immer weitere Kreise, daß wir uns selbst den größten Gefallen tun, wenn wir unsere heimgekehrten Rückwanderer vor dem wirtschaftlichen Untergang bewahren und ihnen die Möglichkeit bieten, als Bahnbrecher deutschen Wesens und Fleißes erneut in die Ferne zu ziehen, sobald die Verhältnisse dies erlauben. Es sollte sich deshalb jeder zur Pflicht machen, das Werk der Rückwanderer hilfe durch seinen Beitrag zu unterstützen. Viele Tropfen füllen den Eimer!

Für die „Rückwandererhilfe".

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat folgende Bekanntmachung an die örtlichen Arbeiterräte erlassen: „Der Verein „Rückwandererhilfe" hat ein Hilfswerk für die vertriebenen Auslanddeutschen eingeleitet. Der Zentralrat bringt den Bestrebungen des Vereins weitestgehendes Interesse entgegen und ersucht die örtlichen Arbeiterräte, den Veranstaltungen der Ortsausschüsse des Vereins gegebenenfalls Unterstützungen zu gewähren."

In einem Schreiben des Zentralrats an die „Rückwandererhilfe", Berlin W. 50, Tauentzienstr. 6, heißt es: „Der Zentralrat hält es für durchaus wünschenswert, wenn Mitglieder der Arbeiterräte in Ihre Ortsausschüsse eintreten und ist gern bereit, wo sich örtliche Schwierigkeiten ergeben, zur Beseitigung derselben beizutragen."

Provinzielles.

Breslau. Reichspräsident Herr Ebert besuchte am Mittwoch, den 22. Oktober die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien".

Ohlau. Der bisherige kommissarische Landrat Regierungsrat Mackensen von Alfeld wurde vom Kreistag einstimmig zum Landrat des Kreises Ohlau gewählt.

Brieg. Am 3. November wird hier eine Volkshochschule eröffnet. — Die Mittel für die neue Kleinsiedelung, sowie die Mittel für andere Ausgaben werden auf dem Wege einer Anleihe beschafft werden.

Glatz. Die Festung Glatz kann in diesem Jahre ihr 1000jähriges Jubiläum feiern.

Neurode. Auf der Wenceslausgrube zu Wölfe hiesigen Kreises verunglückten durch Einatmen giftiger Gase der Grubenschmied Olbrich und der Hauer Pohl, die in den Sumpf fielen und ertranken. Zwei andere Mitarbeiter konnten gerettet werden. Beide zu Tode Verunglückten waren verheiratet. Pohl hinterläßt eine Frau mit fünf unversorgten Kindern.

Liegnitz. Ein Schweinehändler in Schönborn hatte an einige Besitzer Ferkel, die 10 bis 15 Pfund wogen, pro Stück für 220 bis 235 Mark verkauft, während er nur 90 bis 120 Mark bezahlt hatte. Wegen Wuchers erhielt er einen Strafbefehl von 200 Mark, gegen den er Einspruch erhob. Das Schöffengericht erhöhte die Strafe aber auf 600 Mark und verfügte außerdem die Einziehung des übermäßigen Gewinnes von 2304 Mark.

Carlsruhe O.-S. Auf die Ermittlung der Täter, die den Fleischermeister Maichler erschossen, dessen Ehefrau schwer verletzt und hierauf 16000 Mark bares Geld geraubt hatten, hat der Regierungspräsident von Oppeln eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Rybnik. In Belk kam es gelegentlich einer Hochzeitsfeier zwischen den Gästen zu einer blutigen Schlägerei. Es spielten dabei die Messer eine große Rolle, auch wurde mit Gläsern und Flaschen dreingeschlagen. Es soll keinen Hochzeitsgast gegeben haben, der nicht eine blutende Wunde davongetragen hätte.

Die Inhaber von Kirchenplätzen werden hierdurch aufgefordert, die Miete für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 an den Rendanten, Kaufmann Freyer hier, **bald** zu zahlen. Beträge welche bis Ende dieses Monats nicht eingehen, werden durch kostenpflichtigen Boten eingezogen.

Evangelisches Pfarramt.
Melz.

Schützengilde.
Heut Abend 8 Uhr
General-Versammlung.

Pestalozzi-Verein.
Sonnabend, den 25. Okt., nachm. 3 Uhr bei **Grimm**
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung nach § 16 der Satzungen. Ist die Versammlung nicht beschlußfähig, so findet um 3¼ Uhr eine zweite Versammlung statt.
Lampel, Vorsitzender.

Wintergarten
Bar, Palais de Danse Diele
Breslau
Reuschestr. 51
Niepolds-Passage
in nächster Nähe des Ringes.
Tägl. 7 Uhr abends
Musik: Buschmann
10 Künstler.
Für alle Besucher Breslaus das vornehmste Haus.
Gute Weine : Erstkl. Küche.

Dienstag, den 28. Oktober 1919, abends pünktlich ½8 Uhr, im Grimmschen Saal
KONZERT
Else Rohr Mezzosopran. **Nora Walossek** Klavier.
Eintrittskarten im Vorverkauf zu 3, 2 und 1 M. und Näheres über die Vortragsfolge in der Buchhandlung Toebe. An der Kasse erhöhte Preise. Für Mitglieder des Volksbildungsvereins Eintrittskarten zu 2,50, 1,50 und 0,75 M.

Theater in Namslau.
Grimms Hotel.
Freitag, den 24. Oktober
Gastspiel des 1. Operettentenors Erich Witschel,
ehemaliges Mitglied des Hoftheaters in Oldenburg.
Die beliebteste Kalman-Operette
„Die Faschingsfee".
In den Hauptrollen:
Erich Witschel a. G. — Ronai, Maler; Max Trenk in der hochkomischen Rolle des böhmischen Tiermalers; R. Streitmann — v. Mützelburg; W. Gummelt — Graf Meredin; Cl. Bergen-Streitmann — Alexandra Maria; Trude Leibner — Lori Honsin.
Dirigent: **F. Jupe.**
Preise der Plätze: Im Vorverkauf Zigarrenhandlung Haesler Sperrsitz 3,00 Mk., 1. Platz 2,50 Mk., 2. Platz 1,75 Mk., Stehplatz 1,00 Mk. An der Abendkasse 50 Pfg. Aufschlag.
Anfang 7¾ Uhr. **Kassenöffnung 7 Uhr.**
In Vorbereitung:
Drei alte Schachteln.
Durchlaucht kommt.
Operette von M. Trenk.

Kaffee von köstlichem Geschmack, frisch geröstet, empfiehlt billigst
Heinrich Freyer, Rathaus.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Zigarren, Zigaretten und Tabak
erstklassige reine Tabake, zu zeitgemäß billigen Preisen.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Besichtigung meines Engroslagers **Oels, Ring 40** (Eingang Luisenstraße) ohne Kaufzwang gestattet.
Max Jung, Oels
Telephon Nr. 63.
Engroslager Ring 40, Haupt-Filialen: Namslau, Ring 18; Breslau, Leuthenstraße 4.
Zum Engroshandel mit Zigarren, Zigaretten und Tabak im Deutschen Reiche zugelassen.

Danksagung.
Da wir ausser Stande sind, jedem Einzelnen zu danken, bezüglich der liebevollen Beweise aufrichtiger, herzlicher Teilnahme, welche uns beim Heimgange unseres unvergesslichen Kindes von Nah und Fern zu Teil geworden sind und für die kostbaren Kranzspenden, sagen wir auf diesem Wege unsern herzinnigsten Dank.
Simmelwitz, den 22. Oktober 1919.
W. Teller u. Frau
geb. Schönfelder.

Zentrumspartei Namslau.
Ueber die
Zentrumspolitik der Gegenwart
wird Herr Studienassessor **Dr. Müller-Breslau** in folgenden Versammlungen sprechen am:
Donnerstag, d. 23. Okt., abds. 8 Uhr in Dammer
Freitag, „ 24. „ „ 8 „ „ Strehlitz
Sonnabend, „ 25. „ „ 8 „ „ Noldau.
Alle Zentrumswähler sind herzlich eingeladen.
Unsere Vertrauensleute bitten wir, für zahlreichen Besuch zu wirken.
Der Vorstand.

Hierdurch gebe ich meinem Sohne **Franz Kroworsch** die Vollmacht, mich in meiner Wirtschaft, Dziedzitz Nr. 18, zu vertreten. Auch sieht diesem das Recht zu, auf meinem Felde meine Interessen zu wahren.
Dziedzitz, den 12. Oktober 1919.
Thomas Kroworsch,
Bauergutsbesitzer.

Schlafdecken | in verschiedenen
Pferdedecken | Preislagen
Strohsäcke 6.75 M.
Albert Bielschowsky, Namslau
Telephon 240.

Voranzeige.
Sonnabend und Sonntag, den 25. und 26. d. Mts. in Schwuntek's Saal
Große Ringkämpfe
ausgeführt von den Herren
Oskar Keil und Franz Schneider,
Meisterschaftsringer.
Näheres nächstes Inserat und Zettel.

Telefon-Anschluß-Verzeichnisse
empfiehlt die O. Opitz'sche Buchdruckerei.

Feingemahlenen rheinischen Traß
als **Streckungsmittel für Zement** offeriert billigst
S. Bielschowsky.

Kalkmergel
allerbeste, hochprozentige, staubfein gemahlene Ware, prompt lieferbar durch **C. Kulmiz, G. m. b. H.,**
Breslau II, Fernsprecher Nr. 5170—5174.

Zum sofortigen Antritt werden
10 Stellmacher od. Tischler
bei hohem Verdienst für leichte Arbeit gesucht. Maschinen mit Kraftbetrieb vorhanden.
Adolf Gafert.

Zu dem am **Sonntag, den 26. d. Mts.** im Saale des Herrn Gastwirt **Schlesak, Groß-Marchwitz** stattfindenden
Wiedersehens-Kränzchen
der heimgekehrten Kriegsgefangenen
ladet freundlichst ein
das Komitee.

Zu dem am **Sonntag, den 26. d. Mts.** stattfindenden
Einweihungs-Kränzchen
ladet hiermit freundlichst ein
Manczyk, Gastwirt
Wallendorf.
Anfang 4 Uhr.

Zum Tanzkränzchen
auf **Sonntag, den 26. Oktober d. Js.** ladet freundlichst ein
Stirnagel, Gastwirt in Strehlitz.

Katholischer Landwirt- und Müllersohn mit 24000 M. Vermögen sucht Gelegenheit zur
Einheiratung
in eine größere Landwirtschaft oder Mühle. Off. u **B. P. 218** a. d. Exped.

Suche für den Kreis Namslau **Vertrauensmänner gegen hohe Provision** für die Landwirtschafts-Bank Berlin.
Bezirksdirektor
Ehresmann,
Breslau 10, Flutstr. 7.

Höchste Gewinnchance!
Grosse Geld-Lotterie
der Allgem. Deutschen Pensionsanstalt
Ziehung am 7. u. 8. Nov. 1919
6633 Gew. sämtl. i. baar. Gelde.
Hauptgew. **200 000** Mk.
75 000 „
30 000 „
10 000 „ usw.
Originallos Mk. 3.25 incl. Liste versendet in jeder Anzahl gegen Voreinsendung od. Nachnahme. Amtliche Ziehungsliste wird jedem Besteller nach Ziehung zugesandt der Haupt-Lose-Vertrieb
E. F. Matthews, Hamburg 21.
Sofortige Bestellung erbeten.

Hausschlachten
für Stadt und Land nimmt an
Sroka, Ring 25.

Bettnässen
auch **nervöse Blasenschwäche** etc wird beseitigt durch bewährtes **kombiniertes Verfahren** bei beiden Geschlechtern. Verlangen Sie kostenlos Prospekt u. geben Sie Alter u. Geschlecht an. **Dr. med. Elsenbach, München,** Schwanthalerstr. 43/A. 70.

Bettnässen
Erfolgr. Befreiung. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. **Sanitas-Depot Halle a/S.** X 174a

---

Ein fast neuer roter
Samthut
zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Eine gebrauchte, gut erhaltene, zweiflügelige
Glastür
mit **Türfutter** ist zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Brauner Hund
(Hündin) zugelaufen. Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen bei
Bäckermstr. Gerlitz,
Klosterstr. 2.

Echten Stonsdorfer
(von W. Koerner u. Co., Cunnersdorf)
Nordh. Branntwein, Steinhäger
empfiehlt billigst
Ernst Fuhrmann,
„zur Friedenseiche".

Zigarren, Zigaretten
für Händler und Verbraucher liefert preismäßig
H. Kristin.

Nerzkragen,
fast neu (275 M.). **2 gelbe Fenstervorhänge** mit roter Kante (à 45 M.), mehr. Stücke gebr. türkischer **Seidenplüsch** (50 M.) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Näherin
zum Ausbessern von Wäsche einige Tage **ins Haus** gesucht. Von wem, zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Suche zum 1. Januar 1920
Stellung als Ackervogt.
Thomas Waschawski,
Matzdorf, Kr. Kreuzburg O.-S.

Schmiedelehrling
wird sofort eingestellt bei
J. Lenort, Schmiedemeister, Schmograu.

Suche noch zu Neujahr 1920 Vögte, 2 Stellmacher, 1 Schmied, Ackerkutscher, Lohngärtner und Mägde. **Thomas Stannek,** gewerbsmäß. Stellenvermittler, Namslau.

Wirtschafterin,
über 30 Jahre alt, die meinen Haushalt selbständig leitet, nähen kann und perfekt kocht, zu sofort oder später gesucht. Mädchen vorhanden.
Ernst Maskos, Namslau.

Sauberes, schulentlassenes
Mädchen
tagsüber für sofort gesucht.
Frau Dr. Nerlich,
Wilhelmstr. 3.

Möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension für sofort oder 1. 11. 19 gesucht. Off. unter **N. 200** an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
sucht junger Mann. Nähere Auskunft erteilt
Unikower, Bahnhofstr. 2.